

Marc Herger trifft...

**Christoph  
Blocher**

## Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Armee und Kultur

Unser junges AUNS-Mitglied Marc Herger aus Steinen SZ trifft für uns Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Armee und Kultur. Marc ist Präsident der SVP-Ortspartei Steinen, im Vorstand der SVP Kanton SZ und Bezirk Schwyz sowie Stützpunktleiter der AUNS SZ.

# Schwören Politiker Meineide?

**Es ist ruhig geworden um das Rahmenabkommen. Wo sehen Sie auch heute noch die Hauptprobleme?**

Kurz gesagt: Die Schweiz müsste einen bürokratischen, entmündigenden Vertrag unterzeichnen, in dem sie sich verpflichten soll, fremden Richtern zu gehorchen. Noch schlimmer: Nicht nur fremde Richter, sondern das Gericht der Gegenpartei – der EU-Gerichtshof – würde über die Schweiz richten. Im Weiteren: Das oberste Organ ist in der Schweiz das Volk – die Stimmbürger. Diese sollen durch einen solchen Vertrag ausgehebelt werden. Und schliesslich: Durch Unterzeichnung dieses Vertrages wird das Ende von bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU eingeleitet. Die EU macht die Gesetze und die Schweiz hat sie zu vollziehen.

**Was bedeutet dies für die viel gelobte schweizerische Unabhängigkeit?**

Ein Vertrag mit der automatischen Übernahme von EU-Recht und der EU-Gerichtshof als Streitschlichter ist das Ende der Unabhängigkeit. Es ist ein Kolonialvertrag.

**Wie hoch wird dann die Ablassung an die EU sein, wenn die Schweiz eine Rechtsentwicklung**



**nicht übernehmen will?**

Man tröstet uns, ein Schiedsgericht bestimme dann die Angemessenheit der Strafe. Auch ohne diesen Knebelvertrag ist es durchaus möglich, Normen von der EU zu übernehmen, wenn man diese als sinnvoll erachtet. Dass man Autobahnen gleich beschriftet wie im übrigen EU-Raum ist durchaus sinnvoll. Dazu hat die Schweiz Hand geboten, dann neu beschriftet, während viele andere Länder in der EU nicht nachgezogen haben.

**Grossbritannien ist offiziell aus der EU ausgetreten. Sehen Sie eine rosige Zukunft für die Engländer?**

Die Engländer sind aus der EU ausgetreten, um die Unabhängigkeit zu erlangen. Dabei haben es die Eng-

länder schwieriger als die Schweiz. Sie mussten sich von der EU scheiden. Durch eben diese Trennung sind alle ihre Verträge weggefallen, und sie beginnen bei null! Doch Premierminister Johnson verhandelte klug und stur für die Unabhängigkeit und sicherte sich diese und erhielt ein Freihandelsabkommen – ähnlich wie unseres von 1972 – mit der Europäischen Union, das trotz Unabhängigkeit den freien Handel zwischen Grossbritannien und der EU garantiert. Im Gegensatz zu unserer Regierung hat er es geschafft, das bilaterale Verhältnis rein wirtschaftlich zu gestalten und nicht so, dass Grossbritannien automatisch EU-Recht übernehmen müsste. Die Personenfreizügigkeit hat England beendet.

**Leider hat das Volk die Begrenzungsinitiative im letzten Jahr abgelehnt. Wie geht es jetzt weiter?**

Vorläufig bleibt es so wie es ist. Wir haben vor den negativen Folgen der Zuwanderung gewarnt. Gerade jetzt sehen wir, dass trotz Rekordarbeitslosigkeit die Zuwanderung in die Schweiz masslos weitergeht. 2020 sind – trotz drei Monaten Grenzschliessung und trotz hoher Arbeitslosigkeit sowie massiver Kurzarbeit – so viel Neue eingewandert wie nie mehr seit 2015. Dies funktioniert nur, solange der Bund mit Härtefallregelungen, Überbrückungskrediten und Finanzhilfen der Wirtschaft unter die Arme greift und somit die verheerenden wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie und der masslosen Zuwanderung mildert. Heute kommt es aus, dass von den Gegnern der Begrenzungsinitiative während des Abstimmungskampfes viel gelogen wurde. So zum Beispiel wurde behauptet, dass wir den Marktzugang in den EU-Raum ohne volle Personenfreizügigkeit verlieren würden, obwohl jeder weiss, dass der Marktzugang vor allem durch das Freihandelsabkommen von 1972 gewährleistet wird. Man hat versprochen, in schlechten Jahren würden weniger einwandern. Und jetzt – im Pandemiejahr 2020 waren es mehr als in den Vorjahren.

**Trotz der krassen Nichtumsetzung bleibt der Artikel 121a weiterhin in der Verfassung. Ist dies nicht ein Widerspruch?**



Das Parlament wäre verpflichtet, diese vom Volk angenommene Verfassungsbestimmung umzusetzen. Doch lieber rieten uns die Gegner, ein Referendum zu lancieren. Angenommen wir hätten ein Referendum lanciert und das Volk hätte uns in Bezug auf die faktische Nichtumsetzung des Artikels 121a Recht gegeben, so hätten wir wieder den Status Quo gehabt, das heisst die Situation vor der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative. Die Gegner wollten, dass wir uns so blamieren und daraus resultierend nichts gewonnen hätten. Es braucht wieder volksnahe und verfassungstreue Politiker, die ihren Verfassungseid ernst nehmen.

**Würde ein Verfassungsgerichtshof wie in Österreich diesem Problem Abhilfe verschaffen?**

Theoretisch ist das Prinzip eines Verfassungsgerichtshofes, der die Einhaltung und Umsetzung der Verfassungsbestimmungen überwacht, eine gute Idee. Leider nur theoretisch. Wir haben ja gerade in den vielen Debatten wie zum Beispiel über die Masseneinwanderungsinitiative, die Ausschaffungsinitiative oder das Rahmenabkommen gelernt, dass sich die meisten Richter auf die Seite des internationalen Rechts schlagen. Auch die Verfassungsrichter würden vom Parlament gewählt und es braucht dann viel, dieses zu übergehen. Denn: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.»

**Im Moment ist die Covid-19-Pandemie das beherrschende Thema in der Öffentlichkeit. Wie beurteilen Sie als Alt-Bundesrat die Arbeit des Bundesrates während dieser Zeit?**

Der Bundesrat handelt nicht nach Führungsgrundsätzen. Politiker haben eben keine Führungsausbildung. Früher – als noch alle Militärdienst leisteten – waren von

---

*«Ein Aspekt, der viel zu wenig erwähnt wird, ist, dass sich der Bund tagtäglich mit 150 Millionen Franken verschuldet.»*

---

dort mindestens gewisse Grundsätze eingeflossen. Heute wird fast wöchentlich etwas anderes ohne saubere Lageanalyse beschlossen. Das verwirrt zusätzlich die vielen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in unserem Land. Mal heisst es, die Gastronomie sei kein Virus-Hotspot, und am nächsten Tag schliesst man alle Restaurants. Das ist doch keine Strategie. Die Classe politique verschliesst die Augen vor den verheerenden Konsequenzen eines Lockdowns. 60% aller Toten haben in Altersheimen gelebt. Doch statt dass der Bundesrat mit einer gezielten Strategie dort die Infektionen versucht zu verhindern, agiert er völlig planlos und schliesst stattdessen Restaurants und Fitnesszentren. Man sollte zum Beispiel das Pflegepersonal jeden Tag testen, um zu verhindern, dass das Virus in die Pflegeheime gelangt, und dann auch impfen. Schlussendlich kann man sagen, dass an den Brennpunkten zu wenig gezielt eingegriffen wurde. Ein Aspekt, der viel zu wenig erwähnt wird, ist, dass sich der Bund tagtäglich mit 150 Millionen Franken verschuldet. Das sind Steuern in der Zukunft und Schulden, die unsere nachfolgenden Generationen tragen müssen. Deshalb befürchte ich schon bald eine Erhöhung der Bundessteuern. Dies wird dann wieder sehr negative Folgen für die Arbeitsplätze und die Wohlfahrt aller haben!

**Geschätzter Herr Blocher, im Namen der AUNS bedanke ich mich für das interessante Gespräch.**